

Fundstellen deutscher Reichs- und Bundesgesetze

1867—2011

Herausgegeben von

Rechtsanwalt Dr. Thomas Fuchs
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht

1. Auflage

De legibus, Mannheim 2012

Auszug (20/648 Seiten)

Rezension unter <http://goo.gl/2bVuD>

Bestellung unter <http://goo.gl/XtBxq>

ISBN 978-1-4716-5713-9

© 2012 Thomas Fuchs. Alle Rechte vorbehalten.

Vorwort

Als Jurist muss man nicht alles wissen, sondern nur, wo es steht. Das ist bei Gesetzen, die für den Rechtsanwender erste Erkenntnisquelle sind, inzwischen nicht mehr einfach. Den *einen* Text eines Gesetzes gibt es meistens nicht, denn die zunehmend um sich greifenden Änderungen des Gesetzgebers (siehe das auf den Daten dieses Buches beruhende Diagramm auf der nächsten Seite) führen zu einer immer stärkeren Fragmentierung¹ des gesamten Gesetzesbestandes. Eine auf Aktualität getrimmte Gesetzessammlung, sei sie gedruckt aus dem Buchladen oder digital aus dem Internet, löst das Problem nicht. Die darin enthaltenen Texte sind auf einen bestimmten Moment hin konsolidiert und wollen häufig auch noch ohne Angaben zum Geltungszeitraum auskommen.² Ereignete sich der zu beurteilende Sachverhalt – wie regelmäßig – zu einer anderen Zeit als der in der Konsolidierung eingefangene Moment, wird es heikel. Der präzise arbeitende Jurist kann sich daher mit solchen Gesetzessammlungen nicht zufrieden geben. Erforderlich wird ein Blick in das jeweilige Verkündungsorgan. Und das ist ohne Kenntnis der Fundstellen bei vertretbarem Zeitaufwand unmöglich. Es gibt doch aber Rückverweisungen im Änderungsgesetz sowie die Fundstellennachweise A und B des Bundesministeriums der Justiz! Diese Hilfsmittel genügen den praktischen Anforderungen jedoch nicht. Auch die aus Rückverweisungen bestehenden Fäden durch das Verkündungsorgan müssen erst einmal durch das Auffinden des jüngsten Änderungsgesetzes aufgenommen werden. Sie sind auch nur eine ganz alte beziehungsweise ganz

junge und dabei zudem noch unzuverlässige Erscheinung. Dazwischen wurde einige Jahrzehnte in großem Umfang darauf verzichtet. Bei etwas älteren Gesetzen ist es daher wahrscheinlich, dass sie irgendwann abbrechen, und zwar spätestens bei der Sammlung des Bundesrechts im Bundesgesetzblatt Teil III. Der Fundstellennachweis leidet an demselben Mangel. Seine Basis ist die Sammlung des Bundesrechts, die außerhalb des Bundesministeriums der Justiz kein Mensch je gesehen hat. Er enthält daher auch nur die Fundstellen von nach dem 31. Dezember 1963 verkündeten Vorschriften. Soweit ministerielle Bekanntmachungen von Gesetzen vorhanden sind, können sich die Nachweise auch auf die Zeit ab der jüngsten Bekanntmachung beschränken. Außer Kraft getretene Vorschriften werden dort im folgenden Jahr gar nicht mehr aufgeführt. Damit ist auch diese Dokumentation nur auf den Augenblick ihres Abschlusses gerichtet. Das frühere Recht, das auf frühere Sachverhalte anzuwenden ist, gerät dadurch in Vergessenheit.

Diese Mängel wurden mir zwar erst vollends bewusst, als ich mit meinen historisch-synoptischen Gesetzeseditionen³ begann. Mit den damit verbundenen Problemen habe ich aber auch in meiner Praxis als Rechtsanwalt zu kämpfen. Ein Beispiel: § 3 Abs. 2 S. 2 SpielV 2006⁴ regelt die Aufstellung von Geldspielgeräten *innerhalb* eines Betriebs. Ermächtigunggrundlage soll § 33f Abs. 1 Nr. 1 GewO 1999⁵ sein. In meinem Fall stellte sich die Frage, ob diese dazu ausreicht. Das Bundesverwaltungsgericht entschied zur Vorläufervorschrift nach § 3 Abs. 2 SpielV 1985⁶, dass

¹Es gilt daher schon als wissenschaftliche Leistung, eine unvollständige Sammlung von Änderungsgesetzen eines Stammgesetzes in einem Buch abzudrucken: *Thomas Vormbaum/Jürgen Welp*, Das Strafgesetzbuch: Sammlung der Änderungsgesetze und Neubekanntmachungen. Band 1–4, Berlin, 1999, 2000 und 2002.

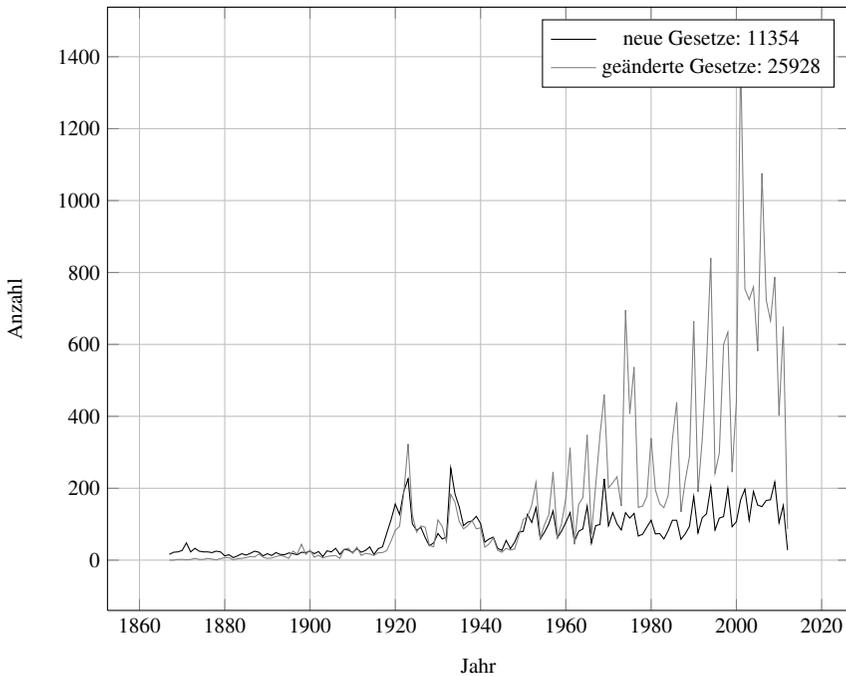
²Zum Beispiel <http://www.gesetze-im-internet.de/>.

³Zum Beispiel Baugesetzbuch (BauGB) vom 23. Juni 1960. Historisch-synoptische Edition. 1960–2011, <http://delegibus.com/2011,3.pdf>; Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896. Historisch-synoptische Edition. 1896–2011, <http://delegibus.com/2008,2.pdf>; Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871. Historisch-synoptische Edition. 1871–2012, <http://delegibus.com/2010,1.pdf>.

⁴Verordnung über Spielgeräte und andere Spiele mit Gewinnmöglichkeit (Spielverordnung – SpielV) in der Fassung vom 27. Januar 2006, BGBl. I 2006 S. 280.

⁵Gewerbeordnung in der Fassung vom 22. Februar 1999, BGBl. I 1999 S. 202.

⁶Verordnung über Spielgeräte und andere Spiele mit Gewinnmöglichkeit (Spielverordnung – SpielV) in der Fassung vom 11. Dezember 1985, BGBl. I 1985 S. 2245.



diese nur deshalb durch die damalige Ermächtigungsgrundlage nach § 33f Abs. 1 Nr. 1 GewO 1978⁷ gedeckt war, weil sie lediglich einen Maßstab zur Bestimmung der Anzahl der Spielgeräte, nicht jedoch eine Anordnung über deren Verteilung auf der zur Verfügung stehenden Fläche enthalte. Es fehle an einer Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung über die Aufstellung der Gewinnspielgeräte innerhalb eines Betriebs.⁸ Die Lösung des Falls hing also davon ab, ob diesbezüglich zwischen § 33f Abs. 1 Nr. 1 GewO 1999 und § 33f Abs. 1 Nr. 1 GewO 1978 ein relevanter Unterschied besteht. Im Fundstellennachweis A ist die Gewerbeordnung nur bis zur Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 zurück nachgewiesen. Die genannte Vorschrift ist auch bei *juris* nur bis zum 1. April 1983 zurück erhältlich. Mit den amtlichen Hilfsmitteln war das simple Problem also nicht zu lösen. Zum Glück hatte ich damals schon mit der Datenerfassung für dieses Werk begonnen. Anhand der dadurch aufgefundenen Bekanntmachung der Gewerbeordnung stellte sich heraus, dass diesbezüglich zwischen den beiden

Vorschriften kein Unterschied besteht. § 3 Abs. 2 S. 2 SpielV 2006 ist daher nichtig, was außer mir – mangels der erforderlichen Hilfsmittel – offenbar noch keiner erkannt hat. Den Fall habe ich dann allerdings aus anderen Gründen gewonnen.

Diesen und vergleichbaren Problemen will ich mit dem vorliegenden Werk begegnen. Darin sind die Fundstellen sämtlicher deutschen Reichs- und Bundesgesetze seit 1867 verzeichnet, und zwar mit zugeordneten Änderungsgesetzen und nützlichen Querverweisen. Ich habe hierzu das Bundes-Gesetzblatt des Norddeutschen Bundes (*BGBL.*) 1867—1870, das Reichs-Gesetzblatt (*RGBl.*) 1871—1921, das Reichsgesetzblatt Teile I und II (*RGBl. I/II*) 1922—1945, das Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland (*ABIKRD.*) 1945—1948, das Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (*GBI/VWV.*) 1947—1949, das Bundesgesetzblatt (*BGBL.*) 1949—1950 und das Bundesgesetzblatt Teile I und II (*BGBL. I/II*) 1951—2011 ausgewertet. Diese Gesetzblätter sind für diejenigen, die sie nicht gedruckt im Regal stehen haben, über das Internet weitgehend frei

⁷Gewerbeordnung in der Fassung vom 1. Januar 1978, *BGBL. I* 1978 S. 97.

⁸*BVerwG*, Urteil vom 31. Januar 1996 – I C 7.95, *jurisRdnr.* 11.

⁹Wikimedia Foundation Inc., Wikisource. Reichsgesetzblatt (Deutschland), [http://de.wikisource.org/wiki/Reichsgesetzblatt_\(Deutschland\)](http://de.wikisource.org/wiki/Reichsgesetzblatt_(Deutschland)); Österreichische Nationalbibliothek, ALEX. Historische Rechts- und Gesetzestexte Online. Deutsches Reichsgesetzblatt, http://alex.onb.ac.at/tab_dra.htm; Bundesministerium der Justiz, Bundesgesetzblatt, <http://www.bgbl.de/>.

zugänglich⁹, so dass darin mit Hilfe der Fundstellen auch nachgeschlagen werden kann. Noch nicht erfasst sind das Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, das Amtsblatt der Militärregierung Deutschland (Amerikanisches Kontrollgebiet), das Amtsblatt der Militärregierung Deutschland (Britisches Kontrollgebiet), das Amtsblatt des Französischen Oberkommandos in Deutschland und das Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland. Soweit diesbezüglich Bedarf besteht, lassen sich mit Hilfe der unter dem Verweis "Besatzungsrecht" nachgewiesenen Aufhebungsgesetze einige Fundstellen erschließen. Parallele Rechtsordnungen, die in der bundesrepublikanischen aufgingen, also die der Deutschen Demokratischen Republik, des Saarlandes und von Berlin (West), habe ich nicht berücksichtigt. Dies gilt mangels nachgewiesenen Änderungsobjektes auch für darauf bezogene Änderungen durch Bundesgesetze.

Erfasst sind auch nur "Gesetze", darauf bezogene Bekanntmachungen und Entscheidungen mit Gesetzeskraft (§ 31 Abs. 2 BVerfGG). Rechtsverordnungen sind von Ausnahmen abgesehen nicht berücksichtigt. Ausgehend von der jeweils *faktisch* bestehenden Verfassung habe ich solche Rechtsakte als Gesetze angesehen, die vom jeweiligen Gesetzgeber im Unterschied zur Regierung beschlossen wurden (aus heutiger Sicht Artt. 77, 78, 80 GG). Diese Unterscheidung war selbstverständlich nicht trennscharf durchführbar, zumal dann, wenn Gesetzgebung und Regierung in eine Hand fielen. Die Verordnungen solcher "Gesetzgeber" wurden dann häufig ausdrücklich als "Verordnung mit Gesetzeskraft" bezeichnet und sind erfasst. Ebenso erfasst sind Verordnungen des Reichspräsidenten nach Art. 48 Abs. 2 WRV. Gleiches gilt für Verordnungen, mit denen Gesetze geändert werden. Dieser gleichwohl weitgehende Verzicht auf Rechtsverordnungen ist vor allem einem praktischen Umstand geschuldet. Rechtsverordnungen einschließlich ihrer Änderungen wurden und werden (Art. 82 Abs. 1 S. 2 GG) nämlich nicht notwendig in den vorgenannten Organen, sondern ganz oder teilweise auch im Bekanntmachungsteil des Bundesanzeigers und in Amtsblättern der Ministerien verkündet. Der Anspruch, jeglichen Rechtsakt vollständig nachzuweisen, könnte daher nur bei Auswertung aus dieser Verkündungsorgane aufrecht erhalten werden, was hier aber nicht zu leisten ist. Nicht berücksichtigt sind schließlich völkerrechtliche Vereinbarungen, weil diese auf andere Weise geändert werden als nationale Gesetze. Sie sind daher für unsere Zwecke uninter-

essant. Das gilt auch für Zustimmungsgesetze zu völkerrechtlichen Vereinbarungen, die über bloße Zustimmungen und Ermächtigungen hinaus keine nationalen Regelungen enthalten.

Das Buch besteht aus zwei Teilen. In Teil I sind "interessante" Gesetze aufgeführt, in Teil II "uninteressante". Interessant ist für uns *per definitionem* alles, was der Gesetzgeber für formell änderungsbedürftig hielt. Als Änderung wird hier die formelle Derogation durch zeitlich aufeinander folgenden Wortlaut, nicht die materielle Derogation durch Überlagerung zeitlich paralleler Vorschriften angesehen. Eine Ausnahme bilden nur solche materiellen Derogationen, die in ministeriellen Bekanntmachungen freihändig in den festgestellten Gesetzestext eingearbeitet sind und deswegen heute unbewusst als Gesetzeswortlaut angewendet werden.¹⁰ Interessant sind aber keineswegs nur die vom Bundesministerium der Justiz auf 2000 geschätzten so genannten "Stammgesetze"¹¹. Viele so genannte "Änderungsgesetze" enthalten nämlich auch eigenständige Regelungen, die im Lauf der Zeit ebenfalls formell geändert werden. Änderungen an verkündeten, aber noch nicht in Kraft getretenen Änderungsgesetzen kommen demgegenüber vergleichsweise selten vor. Als interessant gelten hier ferner Gesetze, die vom Gesetzgeber in der Überschrift neben der Bezeichnung mit einer Kurzbezeichnung¹² versehen sind. Schließlich werden in Teil I Gesetze nachgewiesen, auf die ich mit ausgesuchten, regelmäßig der Überschrift entnommenen Schlüsselbegriffen manuell verweise. Die Wahl der Schlüsselbegriffe war stets von der Frage geleitet, wonach gesucht werden könnte. Durch sie kommt meinerseits keinerlei politische Einstellung, sondern allenfalls ein zeitgeschichtliches Interesse zum Ausdruck. Man möge sich deshalb nicht über Einträge wie "Blut, deutsches" oder "Ehre, deutsche" wundern. Ein diesbezügliches Gesetz wurde einst immerhin verkündet und angewendet.

Die Einträge sind alphabetisch geordnet. Die ersten drei Zeichen (Buchstaben, Ziffern und Interpunktionen) eines Eintrags sind typografisch hervorgehoben, wenn sie sich von denen des vorherigen unterscheiden. Ein bestimmter Eintrag kann mit Hilfe der Reiter rechts und links oben relativ schnell aufgefunden werden. Im Reiter sind der Buchteil und die ersten drei Zeichen des letzten Eintrags auf der jeweiligen Seite angegeben. Die Einträge setzten sich aus der Überschrift des betreffenden Gesetzes, dem Datum seiner Verkündung und Fundstellen zusammen. Als Über-

¹⁰Haarsträubende Einzelnachweise für das Strafgesetzbuch bei *Thomas Fuchs*, Dichtung und Wahrheit. Beobachtungen eines Konsolidierers auf einer Zeitreise durch das Strafgesetzbuch, <http://delegibus.com/2010,3.pdf>.

¹¹*Bundesministerium der Justiz*, Handbuch der Rechtsförmlichkeit, 3. Auflage 2008, <http://hdr.bmj.de/>, Rdnr. 4, 20.

¹²*BMJ*, HdR, Rdnr. 322, 331.

schrift wird stets die ursprüngliche verwendet. Die Schreibweise ist dabei mit Ausnahme von Komma ta beibehalten. Es heißt also zum Beispiel "Civilprozeßordnung", aber nicht etwa "Gesetz, betreffend [...]"; "[...]", sowie "[...]" und "[...]", vom [...]". Förmlich oder informell geänderte Überschriften werden jedoch durch Verweise erschlossen. Es gibt also einen Eintrag "Zivilprozessordnung", der auf "Civilprozeßordnung" verweist. Unter gleicher Überschrift verkündete Gesetze sind in getrennten Einträgen nachgewiesen, wenn das eine das andere ändert oder ihre Benennung auf ein "Stammgesetz" hinweist. Gleich benannte Gesetze, die schon aufgrund ihrer Benennung als Änderungsgesetz zu identifizieren sind ("Gesetz zur Änderung [...]") können deshalb auch in einem einzigen Eintrag nachgewiesen sein. Als Verweisungen verwendete Begriffe sind den Überschriften mit einem auf sie zeigenden Pfeil vorangestellt. Eine Fundstelle setzt sich zusammen aus dem Verkündungsorgan, dessen Jahrgang und der dortigen Seite. Soweit sich diese Bestandteile in einer Fundstellenkette unmittelbar wiederholen, werden sie weggelassen. Verweisungen auf andere Gesetze können auch innerhalb von Fundstellenketten auftauchen. Dann handelt es sich regelmäßig um eine bereits aus der Überschrift des anderen Gesetzes hervorgehende lediglich materielle Änderung des im Eintrag behandelten Gesetzes.

Die Fundstellen umfassen die Urfundstelle und abgetrennt durch Semikolon alle Änderungsfundstellen. Bei Verweisen wird allein, aber immerhin die Urfundstelle angegeben, so dass der Eintrag, auf den verwiesen wird, nicht unbedingt aufgeschlagen werden muss. Sowohl Urals auch Änderungsfundstellen können zudem Berichtigungsfundstellen enthalten. Diese sind dann jeweils durch Komma abgetrennt. Hinter Fundstellen in Klammern aufgeführte Zahlen zeigen an, dass das mit der Fundstelle nachgewiesene Gesetz seinerseits entsprechend oft geändert wurde. Der sorgfältige Jurist wird in solchen Fällen zu prüfen haben, ob eine Änderung wenigstens bis zu ihrem Inkrafttreten Bestand hatte. Bei Verweisen besteht dann zudem Anlass, den verwiesenen Eintrag selbst aufzuschlagen. Bei mit Asterisk (*) markierten Fundstellen handelt es sich um ministerielle Bekanntmachungen eines Gesetzes. Abweichende Überschriften von Bekanntmachungen sind nicht erfasst.

Es gibt gesetzliche Vorschriften, die formelle oder materielle (ministeriell als formelle behandelte) Derogationen vorsehen, ohne ein konkretes Änderungsobjekt zu nennen. Dazu zählen, soweit für mich ersichtlich, folgende:

- Artt. 2 Abs. 1, 3 des Gesetzes zur Ände-

rung der Bezeichnungen "Gerichtsschreiberei"; "Gerichtsschreiber" und "Gerichtsdieners" vom 9. Juli 1927, RGBl. I 1927 S. 175 (formell)¹³,

- Art. 1 Nr. I der Verordnung über die Abänderung des Wortlauts verschiedener Gesetze und Verordnungen aus Anlaß des Fortfalls der Bezeichnungen "Gerichtsschreiberei" und "Gerichtsschreiber" vom 30. November 1927, RGBl. I 1927 S. 334 (formell),
- Artt. 1 Abs. 2, 2 S. 2 der Verordnung zur Änderung des Reichsgesetzes über das Kreditwesen vom 15. September 1939, RGBl. I 1939 S. 1953 (formell),
- § 1 S. 2 der Verordnung zur Änderung des Familienunterstützungsgesetzes vom 14. Mai 1940, RGBl. I 1940 S. 779 (formell),
- Art. 7 Nr. 1 des Dritten Strafrechtsänderungsgesetzes vom 4. August 1953, BGBl. I 1953 S. 735 (materiell),
- Art. II § 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Dritten Teiles der Reichsabgabenordnung vom 11. Mai 1956, BGBl. I 1956 S. 418 (formell),
- Art. 7 Abs. 1 S. 1 des Zweiten Gesetzes zur Sicherung des Straßenverkehrs vom 26. November 1964, BGBl. I 1964 S. 921 (materiell),
- § 21 des Gesetzes zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19. Juni 1968, BGBl. I 1968 S. 661 (formell),
- Artt. 3—8 des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafrechts (1. StrRG) vom 25. Juni 1969, BGBl. I 1969 S. 645 (Artt. 3—7 materiell, Artt. 3, 8 formell),
- Artt. 1 Nr. 2, 5 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vom 25. Juni 1973, BGBl. I 1973 S. 669 (formell),
- Artt. 10—17 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (EGStGB) vom 2. März 1974, BGBl. I 1974 S. 469, 1975 S. 1916, 1976 S. 507 (Artt. 10—13 materiell, Artt. 10, 14—17 formell),
- Art. IX § 2 des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern (2. BesVNG) vom 23. Mai 1975, BGBl. I 1975 S. 1173 (formell),
- § 36 Abs. 2 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz - MitbestG) vom 4. Mai 1976, BGBl. I 1976 S. 1153 (formell), und
- Artt. 2 Nr. 1, 4 des Gesetzes zur Ände-

¹³Siehe dazu allerdings auch die Verordnung über die Abänderung des Wortlauts verschiedener Gesetze und Verordnungen aus Anlaß des Fortfalls der Bezeichnungen "Gerichtsschreiberei" und "Gerichtsschreiber" vom 30. November 1927, RGBl. I 1927 S. 334.

zung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes vom 13. Juli 1977, BGBl. I 1977 S. 1229 (formell).

Diese potenziellen Änderungsgesetze habe ich im Teil I bei allen bis dahin verkündeten Gesetzen nachgewiesen, soweit es dort mindestens eine zeitlich folgende konkrete formelle Änderung gibt. Fehlt eine solche Änderung, ist stets ergänzend an die vorstehende Liste zu denken.

Mit dem vorliegenden Werk knüpfe ich an eine private Tradition an, nämlich die von *Alfred Dehlinger*¹⁴ begründete und von *Konrad Dehlinger* und *Herbert Pfeifer* fortgeführte Systematische Übersicht¹⁵. Diese erlebte meines Wissens mindestens 34 Auflagen und fiel dann nur der in-

zwischen praktisch gescheiterten Sammlung des Bundesrechts zum Opfer. Ich hoffe, dass meinem Buch ein ähnlicher Auflagenerfolg beschieden sein wird. Es wird mit Hilfe meiner Datenbank und des zu ihrer Auswertung entwickelten Programms leicht tagesaktuell zu halten sein. Geplant sind sodann erweiterte und verbesserte Folgeauflagen jeweils zum Jahresanfang.

Obwohl ich mir alle nur denkbare Mühe gegeben habe, bin ich mir der eigenen Beschränkungen nur zu bewusst. Anregungen und Hinweise auf Fehler nehme ich deshalb gern unter tfuchs@lexetius.com entgegen.

Thomas Fuchs, RdR, Mannheim 2012

¹⁴http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Dehtlinger.

¹⁵Zum Beispiel: Systematische Übersicht über 75 Jahre Reichsgesetzblatt (1876—1941), das geltende alte und neue Reichsrecht und das Recht der Reichsverteidigung, 19. Auflage 1942; Reichsrecht, Bundesrecht, Besatzungsrecht und völkerrechtliche Verträge seit 1867. Systematische Übersicht, 23. Auflage 1950; Deutsches Recht seit 1867 (Bundes-, Ostzonen-, Reichs-, Berliner- und Besatzungsrecht) und völkerrechtliche Verträge. Systematische Übersicht, 29. Auflage 1956; Deutsches Recht seit 1867 (Bundes-, Reichs-, West-Berliner- und Besatzungsrecht) und völkerrechtliche Verträge. Systematische Übersicht, 33. Auflage 1960.

Teil I

0190er-/0900er-Mehrwertdienststrumnummern → Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von 0190er-/0900er-Mehrwertdienststrumnummern vom 9. August 2003, **BGBL I 2003** 1590.

1. GKV-Neuordnungsgesetz → Erstes Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (1. GKV-Neuordnungsgesetz – 1. NOG) vom 23. Juni 1997, **BGBL I 1997** 1518 (2).

1. Justizmodernisierungsgesetz → Erstes Gesetz zur Modernisierung der Justiz (1. Justizmodernisierungsgesetz) vom 24. August 2004, **BGBL I 2004** 2198, 2300.

1. Statistikbereinigungsgesetz → Erstes Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980, **BGBL I 1980** 294.

1. Telemedienänderungsgesetz → Erstes Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes (1. Telemedienänderungsgesetz) vom 31. Mai 2010, **BGBL I 2010** 692.

10. SGB V-Änderungsgesetz → Zehntes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (10. SGB V-Änderungsgesetz) vom 23. März 2002, **BGBL I 2002** 1169.

11. SGB V-Änderungsgesetz → Gesetz zur Verbesserung der Vorsorge und Rehabilitation für Mütter und Väter (11. SGB V-Änderungsgesetz) vom 26. Juli 2002, **BGBL I 2002** 2873.

2. AAÜG-Änderungsgesetz → Zweites Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (2. AAÜG-Änderungsgesetz – 2. AAÜG-ÄndG) vom 27. Juli 2001, **BGBL I 2001** 2939.

2. GKV-Neuordnungsgesetz → Zweites Gesetz zur Neuordnung von Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der gesetzlichen Krankenversicherung (2. GKV-Neuordnungsgesetz – 2. GKV-NOG) vom 23. Juni 1997, **BGBL I 1997** 1520 (4).

2. Haushaltsstrukturgesetz → Zweites Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur (2. Haushaltsstrukturgesetz – 2. HStruktG) vom 22. Dezember 1981, **BGBL I 1981** 1523 (7).

2. Justizmodernisierungsgesetz → Zweites Gesetz zur Modernisierung der Justiz (2. Justizmodernisierungsgesetz) vom 22. Dezember 2006, **BGBL I 2006** 3416 (1).

2. Opferrechtsreformgesetz → Gesetz zur Stärkung der Rechte von Verletzten und Zeugen im Strafverfahren (2. Opferrechtsreformgesetz) vom 29. Juli 2009, **BGBL I 2009** 2280.

2. SGB VIII-Änderungsgesetz → Zweites Gesetz zur Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch (2. SGB VIII-Änderungsgesetz – 2. SGB VIII-ÄndG) vom 15. Dezember 1995, **BGBL I 1995** 1775.

2. Statistikbereinigungsgesetz → Zweites Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (2. Statistikbereinigungsgesetz – 2. StatBerG) vom 19. Dezember 1986, **BGBL I 1986** 2555.

2. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz → Zweites Gesetz zur Anpassung der Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz (2. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz – 2. UAG) vom 15. Juli 1970, **BGBL I 1970** 1093.

2. Verjährungsgesetz → Gesetz zur Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen (2. Verjährungsgesetz) vom 27. September 1993, **BGBL I 1993** 1657 (1).

2. Wahlrechtsverbesserungsgesetz → Gesetz zur Einführung des passiven Wahlrechts für Ausländer bei den Sozialversicherungswahlen und zur Änderung weiterer Vorschriften (2. Wahlrechtsverbesserungsgesetz) vom 10. August 1992, **BGBL I 1992** 1494.

2. Zuständigkeitslockerungsgesetz → Zweites Gesetz zur Erleichterung der Verwaltungsreform in den Ländern (2. Zuständigkeitslockerungsgesetz) vom 3. Mai 2000, **BGBL I 2000** 632.

2. Zwangsvollstreckungsnovelle → Zweites Gesetz zur Änderung zwangsvollstreckungsrechtlicher Vorschriften (2. Zwangsvollstreckungsnovelle) vom 17. Dezember 1997, **BGBL I 1997** 3039, **1998** 583 (2).

3. SGB V-Änderungsgesetz → Drittes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (3. SGB V-Änderungsgesetz – 3. SGB V-ÄndG) vom 10. Mai 1995, **BGBL I 1995** 678.

3. SGB XI-Änderungsgesetz → Drittes Buch zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch (3. SGB XI-Änderungsgesetz – 3. SGB XI-ÄndG) vom 5. Juni 1998, **BGBL I 1998** 1229.

3. Statistikbereinigungsgesetz → Drittes Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (3. Statistikbereinigungsgesetz – 3. StatBerG) vom 19. Dezember 1997, **BGBL I 1997** 3158.

3. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz → Drittes Gesetz zur Anpassung der Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz (3. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz – 3. UAG) vom 27. April 1971, **BGBL I 1971** 361.

3. Verjährungsgesetz → Gesetz zur weiteren Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen und zur Änderung des Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege (3. Verjährungsgesetz – 3. VerjG) vom 22. Dezember 1997, **BGBL I 1997** 3223 (1).

3. Wahlrechtsverbesserungsgesetz → Drittes Gesetz zur Verbesserung des Wahlrechts für die Sozialversicherungswahlen und zur Änderung anderer Gesetze (3. Wahlrechtsverbesserungsgesetz – 3. WRVG) vom 29. April 1997, **BGBL I 1997** 968.

4. Euro-Einführungsgesetz → Gesetz zur Einführung des Euro im Sozial- und Arbeitsrecht sowie

zur Änderung anderer Vorschriften (4. Euro-Einführungsgesetz) vom 21. Dezember 2000, **BGBL. I 2000** 1983 (3).

4. SGB V-Änderungsgesetz → Viertes Gesetz zur Änderung des Fünftes Buches Sozialgesetzbuch (4. SGB V-Änderungsgesetz – 4. SGB V-ÄndG) vom 4. Dezember 1995, **BGBL. I 1995** 1558.

4. SGB XI-Änderungsgesetz → Viertes Gesetz zur Änderung des Elften Buches Sozialgesetzbuch (4. SGB XI-Änderungsgesetz – 4. SGB XI-ÄndG) vom 21. Juli 1999, **BGBL. I 1999** 1656.

4. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz → Viertes Gesetz zur Anpassung der Unterhaltshilfe nach dem Lastenausgleichsgesetz (4. Unterhaltshilfe-Anpassungsgesetz – 4. UAG) vom 7. Juli 1972, **BGBL. I 1972** 1161.

AAÜG-Änderungsgesetz → Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG-Änderungsgesetz – AAÜG-ÄndG) vom 11. November 1996, **BGBL. I 1996** 1674.

ABFallbeseitigungsgesetz → Gesetz über die Beseitigung von Abfällen (Abfallbeseitigungsgesetz – AbfG) vom 7. Juni 1972, **BGBL. I 1972** 873 (9).

Abfälle → Gesetz über die Beseitigung von Abfällen (Abfallbeseitigungsgesetz – AbfG) vom 7. Juni 1972, **BGBL. I 1972** 873 (9); → Gesetz zu den Übereinkommen vom 15. Februar 1972 und 29. Dezember 1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen durch Schiffe und Luftfahrzeuge, **BGBL. II 1977** 165 (3); → Gesetz über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz – AbfG), **BGBL. I 1986** 1410, 1501 (10); → Gesetz zur Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen, **BGBL. I 1994** 2705 (2); → Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz – KrW-/AbfG), **BGBL. I 1994** 2705 (22); → Ausführungsgesetz zu dem Basler Übereinkommen vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (Ausführungsgesetz zum Basler Übereinkommen), **BGBL. I 1994** 2771 (1); → Gesetz über die Überwachung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen (Abfallverbringungsgesetz – AbfVerbrG), **BGBL. I 1994** 2771 (9); → Gesetz zur Ausführung des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972, **BGBL. I 1998** 2455, 3582; → Gesetz über das Verbot der Einbringung von Abfällen und anderen Stoffen und Gegenständen in die Hohe See (Hohe-See-Einbringungsgesetz),

BGBL. I 1998 2455, 3582 (6); → Ausführungsgesetz zu dem Übereinkommen vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt, **BGBL. I 2003** 2642 (1); → Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen und des Basler Übereinkommens vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (Abfallverbringungsgesetz – AbfVerbrG), **BGBL. I 2007** 1462 (1); → Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts, **BGBL. I 2012** 212; → Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG), **BGBL. I 2012** 212.

Abfallgesetz → Gesetz über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz – AbfG) vom 27. August 1986, **BGBL. I 1986** 1410, 1501 (10).

Abfallverbringungsgesetz → Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen und des Basler Übereinkommens vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (Abfallverbringungsgesetz – AbfVerbrG) vom 19. Juli 2007, **BGBL. I 2007** 1462 (1).

Abfallverbringungsgesetz 1994 → Gesetz über die Überwachung und Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung von Abfällen (Abfallverbringungsgesetz – AbfVerbrG) vom 30. September 1994, **BGBL. I 1994** 2771 (9).

ABGabgabenordnung (AO 1977) vom 16. März 1976, **BGBL. I 1976** 613, **1977** 269; **1976** 1153 (11); 1749; 2658 (2); → Einführungsgesetz zur Abgabenordnung (EGAO 1977), **BGBL. I 1976** 3341, **1977** 667; 1229 (3); **1978** 333 (1); 1645; 2063 (2); **1979** 127 (1); 1953, **1980** 137; 731; 732; 1381; 1537 (1); 1545; **1981** 625 (1); 681, 1187; 1390; 1523 (7); **1983** 1577 (1); 1583; **1985** 2355; 2436; **1987** 475; **1988** 1093, 2074 (4); **1989** 2212; 2408; **1990** 2002 (1); 2106 (4); 2775; 2847 (1); **BGBL. II** 885 (2); **BGBL. I 1992** 297; 1222; 1548 (1); 2109 (1); 2118; 2150, **1993** 169; 944; 2310; **1994** 1325, 2591, 3471 (1); 1374; 1395, 3856; 1566; 1630, 3134; 2325, **1996** 103 (1); **1995** 1250, **1996** 714; **1995** 1959; **1996** 2049 (1); **1997** 3039, **1998** 583 (2); 164, 704 (1); 1311 (1); 1496; 3816; 3836; **BGBL. II** 2322; **BGBL. I 1999** 2601; **2000** 874, 1389; 1034; 1433 (2); 1790 (4); 1850; **2001** 623 (1); 1206 (2); 1310 (1); 1887 (1); 2267 (1); 3794; 3858; 3922; **2002** 2010, 2316; 2715; 2787; 3760; 3202; 3322; 3869, **2003** 61*; **2002** 4621 (1); **2003** 660; 1550; 2645 (1); 2848 (1); 2928; 2954 (4); 3022 (5); **2004** 606; 718; 1753; 2198,

2300; 3242 (1); 3310, 3843 (4); **2005** 837, 2022; 1818; 2354; 2809; **2006** 1095; 1652; 1970; 2098; 2878; **2007** 1566, 2317; 1673; 1912 (1); 2246 (1); 2332; 2897; 3150; 3198; **2008** 666; 1690, **2009** 816; **2008** 2026; 2586 (4); 2794; 2850; **2009** 774; 1102; 1707; 2258 (1); 2302; 2474; **2010** 1768; **2011** 615; 676; 2131; 2592; 2959; 3044.

Abgabenordnung für die Mühlenstelle → Zwanzigste Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz (Abgabenordnung für die Mühlenstelle) vom 22. Juli 1969, **BGBL I 1969** 901.

Abgeordnete, Immunität der → Gesetz über die Immunität der Abgeordneten vom 23. Juni 1933, **RGBl. I 1933** 391.

Abgeordnetenbestechung → Achtundzwanzigstes Strafrechtsänderungsgesetz – Abgeordnetenbestechung (28. StrÄndG) vom 13. Januar 1994, **BGBL I 1994** 84.

Abgeordnetengesetz → Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18. Februar 1977, **BGBL I 1977** 297 (43).

ABLieferungen, landwirtschaftliche → Gesetz über die öffentliche Kontrolle der landwirtschaftlichen Ablieferungen vom 5. September 1947, **GBIVVW. 1947** 3; → Gesetz zur Neuordnung des Veranlagungs- und Ablieferungswesens in der Landwirtschaft, **GBIVVW. 1948** 23 (4).

ABSatzfondsgesetz → Gesetz über die Errichtung eines zentralen Fonds zur Absatzförderung der deutschen Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (Absatzfondsgesetz) vom 26. Juni 1969, **BGBL I 1969** 635 (20).

Abschlussprüferaufsichtsgesetz → Gesetz zur Fortentwicklung der Berufsaufsicht über Abschlussprüfer in der Wirtschaftsprüferordnung (Abschlussprüferaufsichtsgesetz – APAG) vom 27. Dezember 2004, **BGBL I 2004** 3846.

Abschöpfungserhebungsgesetz → Gesetz über die Erhebung der Abschöpfungen nach Maßgabe der Verordnungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die schrittweise Errichtung gemeinsamer Marktorganisationen für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse (Abschöpfungserhebungsgesetz) vom 25. Juli 1962, **BGBL I 1962** 453 (10).

Absinth → Gesetz über den Verkehr mit Absinth vom 27. April 1923, **RGBl. I 1923** 257.

ABWasserabgabengesetz → Gesetz über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz – AbwAG) vom 13. September 1976, **BGBL I 1976** 2721, 3007 (10).

Abwertungsgewinne → Gesetz über Abwertungsgewinne vom 23. Dezember 1936, **RGBl. I 1936** 1126.

ABZahlungsgeschäfte → Gesetz betreffend die

Abzahlungsgeschäfte vom 16. Mai 1894, **RGBl. 1894** 450.

Abzeichen, Tragen von → Verordnung des Reichspräsidenten über das Tragen von Abzeichen vom 16. Januar 1932, **RGBl. I 1932** 19.

ACHtes Änderungsgesetz zum AVAVG → Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (Achstes Änderungsgesetz zum AVAVG) vom 28. Dezember 1967, **BGBL I 1967** 1365.

Achstes Anpassungsgesetz-KOV → Achtes Gesetz über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes (Achstes Anpassungsgesetz-KOV – 8. AnpG-KOV) vom 14. Juni 1976, **BGBL I 1976** 1481.

Achstes Buch Sozialgesetzbuch → Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe – vom 26. Juni 1990, **BGBL I 1990** 1163 (35).

Achstes Bundesmietengesetz vom 30. Oktober 1972, **BGBL I 1972** 2051; **1973** 669; **1974** 469, **1975** 1916, **1976** 507 (32); **1975** 1173 (21); 2867; **1976** 1153 (11); **1977** 1229 (3); **1987** 1625.

Achstes Euro-Einführungsgesetz → Gesetz zur Umstellung von Gesetzen und anderen Vorschriften auf dem Gebiet des Gesundheitswesens auf Euro (Achstes Euro-Einführungsgesetz) vom 23. Oktober 2001, **BGBL I 2001** 2702 (1).

Achstes Gesetz zur Änderung der Arbeitsförderungs-gesetzes → Gesetz zur Ergänzung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und zum Schutz der Solidargemeinschaft vor Leistungsmissbrauch (Achstes Gesetz zur Änderung der Arbeitsförderungs-gesetzes) vom 14. Dezember 1987, **BGBL I 1987** 2602.

Achstes Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes vom 7. September 1998, **BGBL I 1998** 2649; **2000** 1002.

Achstes Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes vom 14. November 1978, **BGBL I 1978** 1757; 1849 (1).

Achstes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (Achstes SGB V-Änderungsgesetz – 8. SGB V-ÄndG) vom 28. Oktober 1996, **BGBL I 1996** 1559; **2006** 1869.

Achstes Gesetz zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes (Gesetz nach § 246 LAG – 8. ÄndG LAG) vom 26. Juli 1957, **BGBL I 1957** 809; **1960** 637 (5).

Achstes Gesetz zur Änderung des Milch- und Fettgesetzes vom 13. Juni 1972, **BGBL I 1972** 893; **1973** 669; **1974** 469, **1975** 1916, **1976** 507 (32); **1975** 1173 (21); **1976** 1153 (11); **1977** 1229 (3); **1978** 758.

Achstes Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes vom 28. Juni 2002, **BGBL I 2002** 2268; **2004** 3673.

Achstes Gesetz zur Änderung des Selbstverwaltungsgesetzes → Gesetz zur Weiterentwick-

lung des Selbstverwaltungsrechts und zur Vereinfachung des Wahlverfahrens (Achstes Gesetz zur Änderung des Selbstverwaltungsgesetzes) vom 7. August 1973, **BGBL. I 1973** 957 (2).

Achstes Rentenanpassungsgesetz → Achtes Gesetz über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung (Achstes Rentenanpassungsgesetz – 8. RAG) vom 22. Dezember 1965, **BGBL. I 1965** 2114.

Achstes SGB V-Änderungsgesetz → Achtes Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (Achstes SGB V-Änderungsgesetz – 8. SGB V-ÄndG) vom 28. Oktober 1996, **BGBL. I 1996** 1559 (1).

Achstes Strafrechtsänderungsgesetz vom 25. Juni 1968, **BGBL. I 1968** 741; **1969** 269; 645 (5); **1971** 265; **1973** 669; **1974** 469, **1975** 1916, **1976** 507 (32); **1974** 469, **1975** 1916, **1976** 507 (32); **1975** 1173 (21); **1976** 1153 (11); **1977** 1229 (3); **2006** 866 (1).

Achtzehntes Gesetz über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung und der Altersgelder in der Altershilfe für Landwirte (Achtzehntes Rentenanpassungsgesetz – 18. RAG) vom 28. April 1975, **BGBL. I 1975** 1018, 1778; 1173 (21); **1976** 1153 (11); **1977** 1229 (3); **1994** 1890 (2).

Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (18. BAföG-ÄndG) vom 17. Juli 1996, **BGBL. I 1996** 1006; **1998** 1609 (1); **2007** 3254.

Achtzehntes Rentenanpassungsgesetz → Achtzehntes Gesetz über die Anpassung der Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen sowie über die Anpassung der Geldleistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung und der Altersgelder in der Altershilfe für Landwirte (Achtzehntes Rentenanpassungsgesetz – 18. RAG) vom 28. April 1975, **BGBL. I 1975** 1018, 1778 (1).

ADDis Abeba → Gesetz über die Aufhebung der Deutschen Gesandtschaft in Addis Abeba und die Errichtung eines Deutschen Generalkonsulats daselbst vom 24. Oktober 1936, **RGBl. II 1936** 327.

ADOption → Gesetz gegen Mißbräuche bei der Eheschließung und der Annahme an Kindes Statt vom 23. November 1933, **RGBl. I 1933** 979, 1064; → Gesetz über die Vermittlung der Annahme an Kindes Statt, **RGBl. I 1939** 795 (3); → Gesetz zur Erleichterung der Annahme an Kindes Statt, **BGBL. 1950** 356 (4).

Adoptionsanpassungsgesetz → Gesetz zur Anpassung rechtlicher Vorschriften an das Adoptionsgesetz (Adoptionsanpassungsgesetz – AdAnpG) vom 24. Juni 1985, **BGBL. I 1985** 1144.

Adoptionsgesetz → Gesetz über die Annahme als Kind und zur Änderung anderer Vorschriften (Adoptionsgesetz) vom 2. Juli 1976, **BGBL. I 1976** 1749.

Adoptionsrechtsänderungsgesetz → Gesetz zur Änderung adoptionsrechtlicher Vorschriften (Adoptionsrechtsänderungsgesetz – AdoptRÄndG) vom 4. Dezember 1992, **BGBL. I 1992** 1974.

Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetz → Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 29. Mai 1993 über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption (Adoptionsübereinkommens-Ausführungsgesetz – AdÜbAG) vom 5. November 2001, **BGBL. I 2001** 2950 (3).

Adoptionsvermittlungsgesetz → Gesetz über die Vermittlung der Annahme als Kind – Adoptionsvermittlungsgesetz – (AdVermiG) vom 2. Juli 1976, **BGBL. I 1976** 1762 (9).

Adoptionswirkungsgesetz → Gesetz über Wirkungen der Annahme als Kind nach ausländischem Recht (Adoptionswirkungsgesetz – AdWirkG) vom 5. November 2001, **BGBL. I 2001** 2950 (3).

AFRikanische Entwicklungsbank → Gesetz zu dem Übereinkommen vom 4. August 1963 zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank vom 1. Juni 1981, **BGBL. II 1981** 253.

Afrikanischer Entwicklungsfonds → Gesetz zu dem Übereinkommen vom 29. November 1972 über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds vom 21. Dezember 1973, **BGBL. II 1973** 1793.

AFS-Gesetz → Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen von 2001 über die Beschränkung des Einsatzes schädlicher Bewuchsschutzsysteme auf Schiffen (AFS-Gesetz) vom 2. Juni 2008, **BGBL. II 2008** 520.

AGB-Gesetz → Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB-Gesetz) vom 9. Dezember 1976, **BGBL. I 1976** 3317 (16).

AGIohandel, Verbot des → Gesetz betreffend Verbot des Agiohandels mit deutschen Banknoten und Darlehenskassenscheinen vom 1. März 1919, **RGBl. 1919** 263.

AGRar- und Fischereifonds-Informationen-Gesetz → Gesetz zur Veröffentlichung von Informationen über die Zahlung von Mitteln aus den Europäischen Fonds für Landwirtschaft und Fischerei (Agrar- und Fischereifonds-Informationen-Gesetz – AFIG) vom 26. November 2008, **BGBL. I 2008** 2330 (2).

Agrarabsatzförderungsdurchführungsgesetz → Gesetz zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft über gemeinschaftliche Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse (Agrarabsatzförderungsdurchführungsgesetz – AgrarAbsFDG) vom 19. Juli 2002, **BGBL I 2002** 2688 (3).

Agrarberichterstattungsgesetz → Gesetz über die Agrarberichterstattung (Agrarberichterstattungsgesetz – AgrBG) vom 15. November 1974, **BGBL I 1974** 3161 (3).

Agrardieselgesetz → Gesetz zur Einführung einer Vergütung der Mineralölsteuer für die Land- und Forstwirtschaft (Agrardieselgesetz – AgrdG) vom 21. Dezember 2000, **BGBL I 2000** 1980.

Agrarsoziales Ergänzungsgesetz → Gesetz zur Verbesserung und Ergänzung sozialer Maßnahmen in der Landwirtschaft (Agrarsoziales Ergänzungsgesetz – ASEG) vom 21. Dezember 1970, **BGBL I 1970** 1774.

Agrarsozialreformgesetz 1995 → Gesetz zur Reform der agrarsozialen Sicherung (Agrarsozialreformgesetz 1995 – ASRG 1995) vom 29. Juli 1994, **BGBL I 1994** 1890 (2).

Agrarstatistikgesetz → Gesetz über Agrarstatistiken (Agrarstatistikgesetz – AgrStatG) vom 15. März 1989, **BGBL I 1989** 469 (17).

Agrarstrukturerhebungsgesetz → Gesetz zur Durchführung der Verordnung Nr. 70/66/EWG (Agrarstrukturerhebungsgesetz) vom 23. Dezember 1966, **BGBL I 1966** 682 (1).

ÄGYPTEN → Gesetz betreffend die Einschränkung der Gerichtsbarkeit der deutschen Konsuln in Ägypten vom 30. März 1874, **RGBl. 1874** 23; → Gesetz betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Ägypten, **RGBl. 1880** 145; → Gesetz betreffend die zur Erforschung der Cholera nach Ägypten und Ostindien entsandte wissenschaftliche Kommission, **RGBl. 1884** 51; → Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit in Ägypten, **RGBl. II 1925** 735 (1); → Verordnung über die Konsulargerichtsbarkeit in Ägypten, **RGBl. II 1925** 735; → Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit in Ägypten, **RGBl. II 1938** 83; → Gesetz zur Verteilung von Entschädigungen für deutsches Vermögen in Ägypten und in Honduras sowie zum Abkommen vom 28. April 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Ägypten über die Regelung gewisser Fragen betreffend deutsches Vermögen, **BGBL. II 1982** 282.

AKademie für Deutsches Recht → Gesetz über die Akademie für Deutsches Recht vom 11. Juli 1934, **RGBl. I 1934** 605.

AKKreditierungsstellengesetz → Gesetz über die Akkreditierungsstelle (Akkreditierungsstellengesetz – AkkStelleG) vom 31. Juli 2009, **BGBL I**

2009 2625 (1).

AKTien → Gesetz über die Ausübung von Mitgliedschaftsrechten aus Aktien während der Wertpapierbereinigung vom 9. Oktober 1950, **BGBL. 1950** 690; → Gesetz über weitere Ergänzungen und Änderungen des D-Markbilanzgesetzes sowie über die Ausgabe von Aktien in Deutscher Mark (Zweites D-Markbilanzergänzungsgesetz), **BGBL. I 1952** 824 (1).

Aktien, Erwerb eigener → Gesetz über den Erwerb eigener Aktien vom 14. Mai 1936, **RGBl. I 1936** 439.

Aktien, Kraftloserklärung von → Gesetz über die Kraftloserklärung von Aktien vom 20. Dezember 1934, **RGBl. I 1934** 1254.

Aktienbesitz → Verordnung über den Aktienbesitz vom 4. Dezember 1941, **RGBl. I 1941** 744.

Aktiengesellschaften → Gesetz betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften vom 11. Juni 1870, **BGBL. 1870** 375.

Aktiengesetz vom 6. September 1965, BGBL. I 1965 1089; → Einführungsgesetz zum Aktiengesetz, **BGBL. I 1965** 1185; **1968** 503 (4); 661 (1); **1969** 645 (5); 1146 (1); 1171; 1189, **1970** 1113 (15); **1969** 1513 (22); **1973** 669; 1451 (3); **1974** 469, **1975** 1916, **1976** 507 (32); **1974** 469, **1975** 1916, **1976** 507 (32); **1975** 1173 (21); **1976** 1153 (11); 1153 (11); 3341, **1977** 667 (45); 1229 (3); **1978** 1959; **1980** 836 (2); **1982** 1425; **1983** 377; **1985** 2355; **1988** 2312; **1990** 1206; 2002 (1); 2570; **1993** 278; 1282; **1994** 1377; 1749 (1); 1961; 2911 (24); 3210, **1995** 428; **1997** 2567; **1998** 529; 590; 786; 1242; 1474 (1); 1842; **2000** 154; **2001** 123; 266 (3); 751 (1); 1542; 1887 (1); 2785; 3422; 3822; **2002** 1130; 1250; 1310; 2010; 2316; 2681; **2003** 838; 2304; **2004** 974, 2769; 2198, 2300; 3166; 3214; 3408; **2005** 2802; **2006** 1426; 2407; 2553; 3332; **2007** 10; 542; 1330; **2008** 1666; 2026; 2369; 2586 (4); **2009** 1102; 2479; 2509; **2010** 1900; **2011** 3044.

Aktiengesetz 1937 → Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz) vom 30. Januar 1937, **RGBl. I 1937** 107, 588, 1140 (7).

Aktienrecht → Verordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über eine Steueramnestie vom 19. September 1931, **RGBl. I 1931** 493, 663.

ALKoholverbot → Gesetz zur Einführung eines Alkoholverbots für Fahranfänger und Fahranfängerinnen vom 19. Juli 2007, **BGBL. I 2007** 1460.

Alkopopsteuergesetz → Gesetz über die Erhebung einer Sondersteuer auf alkoholhaltige Süßgetränke (Alkopops) zum Schutz junger Menschen (Alkopopsteuergesetz – AlkopopStG) vom 23. Juli 2004, **BGBL. I 2004** 1857, 2228 (1).

ALLer-Ohre-Verband → Gesetz über die Bildung des Aller-Ohre-Verbandes vom 13. Januar 1934, **RGBl. I 1934** 29.

Allgemeine Deutsche Wechselordnung vom 5. Juni 1869, **BGBI. 1869** 379; **RGBl. 1897** 437 (43); **1908** 321 (1); 327*; **RGBl. I 1926** 506; **1927** 175; 334; **1933** 409 (2).

Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch vom 5. Juni 1869, **BGBI. 1869** 379; **1870** 375; **RGBl. 1884** 123.

Allgemeines Eisenbahngesetz vom 29. März 1951, **BGBI. I 1951** 225; **1953** 735 (2); **1956** 418; **1961** 1161; **1964** 921; **1968** 503 (4); 661 (1); **1969** 645 (5); **1973** 669; **1974** 469, **1975** 1916, **1976** 507 (32); **1974** 721, 1193 (59); **1975** 1173 (21); **1976** 1153 (11); 2441; **1977** 1229 (3); **1979** 989 (1); **1986** 2089; **1992** 1379; **1993** 1489 (1); 2378, **1994** 2439 (5).

Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) vom 27. Dezember 1993, **BGBI. I 1993** 2378, **1994** 2439; **1997** 2390; **1998** 342; 1588, **1999** 42; **1998** 2431; 2521; **2000** 632; **2001** 1950; 2785; **2002** 2191; **2003** 2304; 2518; 3076, **2004** 69; 3833; **2005** 1138; 1954; 1970, 3621; 2270, 2420; **2006** 1962; 2407; 2833, **2007** 691; **2006** 2919; **2007** 522; 1383, **2008** 416; **2007** 2566; **2008** 215; **2009** 1100; 1146; 2258 (1); 2497; 2542; **2011** 554; 3044.

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) vom 14. August 2006, **BGBI. I 2006** 1897; 2742; **2007** 2840 (2); **2009** 160, 462 (2).

Allgemeines Kriegsfolgengesetz → Gesetz zur allgemeinen Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches entstandener Schäden (Allgemeines Kriegsfolgengesetz) vom 5. November 1957, **BGBI. I 1957** 1747 (26).

Allgemeines Magnetschwebbahngesetz (AMbG) vom 19. Juli 1996, **BGBI. I 1996** 1019; **1998** 1588, **1999** 42; **2001** 2785; 3762; **2003** 2304; **2006** 2407; **2009** 2258 (1).

ALTbanken-Bilanz-Gesetz → Gesetz über weitere Ergänzungen und Änderungen des D-Markbilanzgesetzes sowie über Ergänzungen des Altbanken-Bilanz-Gesetzes (Drittes D-Markbilanzergänzungsgesetz) vom 21. Juni 1955, **BGBI. I 1955** 297 (4); **1964** 33 (2).

Altenpflegegesetz → Gesetz über die Berufe in der Altenpflege (Altenpflegegesetz – AltPflG) vom 17. November 2000, **BGBI. I 2000** 1513 (14).

Altenteilsverträge → Gesetz über die anderweitige Festsetzung von Geldbezügen aus Altenteilsverträgen vom 18. August 1923, **RGBl. I 1923** 815.

Alterseinkünftegesetz → Gesetz zur Neuordnung der einkommensteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz – AltEinkG) vom 5. Juli 2004, **BGBI. I 2004** 1427 (1).

Altersteilzeitgesetz → Gesetz zur Förderung eines gleichenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand (Altersteilzeitgesetz) vom 20. Dezember 1988, **BGBI. I 1988** 2343 (32).

Altersvermögensergänzungsgesetz → Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensergänzungsgesetz – AVmEG) vom 21. März 2001, **BGBI. I 2001** 403 (4).

Altersvermögensgesetz → Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG) vom 26. Juni 2001, **BGBI. I 2001** 1310 (1).

Altersvorsorge → Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge vom 26. März 2007, **BGBI. I 2007** 368.

Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz → Gesetz zur Zertifizierung von Altersvorsorgeverträgen (Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz – AltZertG) vom 26. Juni 2001, **BGBI. I 2001** 1310 (11).

Altfahrzeug-Gesetz → Gesetz über die Entsorgung von Altfahrzeugen (Altfahrzeug-Gesetz – AltfahrzeugG) vom 21. Juni 2002, **BGBI. I 2002** 2199.

Altförderungsregelungsgesetz → Gesetz zur Regelung bestimmter Altförderungen (Altförderungsregelungsgesetz – AFRG) vom 10. Juni 2005, **BGBI. I 2005** 1589.

Altguthaben-Ablösungs-Anleihe → Gesetz über die nachträgliche Umstellung von Kontoguthaben, über die Tilgung von Anteilsrechten an der Altguthaben-Ablösungs-Anleihe, zur Änderung lastenausgleichsrechtlicher Bestimmungen und zur Ergänzung des Gesetzes über die Errichtung der "Staatlichen Versicherung der DDR in Abwicklung" vom 24. Juli 1992, **BGBI. I 1992** 1389.

Altmaterial → Gesetz über die Bearbeitung von Altmaterial vom 16. März 1937, **RGBl. I 1937** 312.

Altölgesetz → Gesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Altölbeseitigung (Altölgesetz) vom 23. Dezember 1968, **BGBI. I 1968** 1419 (6).

Altrentnergesetz → Gesetz über die Versorgung der vor dem 1. August 1914 aus der Wehrmacht ausgeschiedenen Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen (Altrentnergesetz) vom 18. Juli 1921, **RGBl. 1921** 953 (8).

Altschuldenhilfe-Gesetz → Gesetz über Altschuldenhilfen für Kommunale Wohnungsunternehmen, Wohnungsgenossenschaften und private Vermieter in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet (Altschuldenhilfe-Gesetz) vom 23. Juni 1993, **BGBI. I 1993** 944 (8).

Altschuldenregelungsgesetz → Gesetz zur Regelung der Altschulden für gesellschaftlichen Einrichtungen (Altschuldenregelungsgesetz –

ARG) vom 6. März 1997, **BGBI. I 1997** 434 (1).

Altspargergesetz → Gesetz zur Milderung von Härten der Währungsreform (Altspargergesetz) vom 14. Juli 1953, **BGBI. I 1953** 495 (13).

AMATEURfunk → Gesetz über den Amateurfunk vom 14. März 1949, **GBIVVW. 1949** 20.

Amateurfunkgesetz → Gesetz über den Amateurfunk (Amateurfunkgesetz – AFuG 1997) vom 23. Juni 1997, **BGBI. I 1997** 1494 (7).

AMNestie, militärische → Gesetz betreffend Erweiterung der Verordnung über eine militärische Amnestie vom 7. Dezember 1918 vom 6. Juni 1920, **RGBl. 1920** 1143.

AMTsgerichte → Gesetz betreffend Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche vom 8. April 1920, **RGBl. 1920** 499; → Gesetz über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in vermögensrechtlichen Streitigkeiten, **RGBl. I 1935** 1469.

Amtshilfe → Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. Mai 1953, **BGBI. I 1953** 161; → Gesetz zu dem Revisionsprotokoll vom 9. Juni 1969 zu dem am 21. Juli 1959 in Paris unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern, **BGBI. II 1970** 717; → Gesetz zu dem Vertrag vom 11. September 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Rechts- und Amtshilfe in Zoll-, Verbrauchssteuer- und Monopolangelegenheiten, **BGBI. II 1971** 1001; → Gesetz zu dem Ergänzungsprotokoll vom 15. Juni 1973 zur Änderung des Abkommens vom 23. August 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern sowie seines Schlußprotokolls, **BGBI. II 1978** 109; → Gesetz zur Durchführung der EG-Richtlinie über die gegenseitige Amtshilfe im Bereich der direkten Steuern und der Mehrwertsteuer (EG-Amtshilfe-Gesetz), **BGBI. I 1985** 2436 (12); → Gesetz zu dem Vertrag vom 31. Mai 1988 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen, **BGBI. II 1990** 357; → Gesetz zu dem Zusatzabkommen vom 28. September 1989 zur Änderung des Abkommens vom 21. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Vermeidung

der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern in der Fassung des Revisionsprotokolls vom 9. Juni 1969, **BGBI. II 1990** 770; → Gesetz zu dem Abkommen vom 4. Oktober 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über die gegenseitige Amtshilfe auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, **BGBI. II 1993** 970; → Gesetz zu dem Abkommen vom 19. April 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und bestimmter anderer Steuern, zur Verhinderung der Steuerverkürzung und zur Amtshilfe in Steuersachen, **BGBI. II 2002** 670; → Gesetz zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1997 über gegenseitige Amtshilfe und Zusammenarbeit der Zollverwaltungen, **BGBI. II 2002** 1387; → Gesetz zur Ausführung der Übereinkommens auf Grund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union vom 26. Juli 1995 über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich, zu dem Protokoll gemäß Artikel 34 des Vertrags über die Europäische Union vom 8. Mai 2003 zur Änderung des Übereinkommens über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich hinsichtlich der Einrichtung eines Aktennachweissystems für Zollzwecke sowie zur Verordnung (EG) Nr. 515/97 des Rates vom 13. März 1997 über die gegenseitige Amtshilfe zwischen Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten und die Zusammenarbeit dieser Behörden mit der Kommission im Hinblick auf die ordnungsgemäße Anwendung der Zoll- und der Agrarregelung (ZIS-Ausführungsgesetz), **BGBI. I 2004** 482 (1); → Gesetz zur Anpassung der Vorschriften über die Amtshilfe im Bereich der Europäischen Union sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2003/49/EG des Rates vom 3. Juni 2003 über eine gemeinsame Steuerregelung für Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten (EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz), **BGBI. I 2004** 3112; → Gesetz über die Durchführung der Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-Beitreibungsgesetz – EUBeitRG), **BGBI. I 2011** 2592.

Änderungs- und Ergänzungsgesetz zum Selbstverwaltungsgesetz → Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Selbstverwaltung und über Änderungen von Vorschriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung (Änderungs- und Ergänzungsgesetz zum Selbstverwaltungsgesetz)

vom 13. August 1952, **BGBI. I 1952** 421.

ANErkennung → Gesetz zur Ausführung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien vom 30. Juni 1958 über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen vom 26. Juni 1959, **BGBI. I 1959** 425; → Gesetz zur Ausführung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich vom 6. Juni 1959 über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen, **BGBI. I 1960** 169 (3); → Gesetz zur Ausführung des Abkommens vom 14. Juli 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, **BGBI. I 1961** 301, 469 (3); → Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 15. April 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern, **BGBI. I 1961** 1033 (3); → Gesetz zu dem Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche, **BGBI. II 1961** 121 (1); → Gesetz zur Ausführung des Vertrages vom 4. November 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Vergleichen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen, **BGBI. I 1963** 129 (3); → Gesetz zur Ausführung des Vertrages vom 30. August 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schuldtitel in Zivil- und Handelssachen, **BGBI. I 1965** 17 (2); → Gesetz zur Ausführung des Vertrages vom 19. Juli 1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen Republik über Rechtsschutz und Rechtshilfe, die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie über die Handelsschiedsgerichtsbarkeit, **BGBI. I 1969** 333 (6); → Gesetz zu dem Übereinkommen vom 29. Februar 1968 über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen, **BGBI. II 1972** 369; → Gesetz zu dem Protokoll vom 3. Juni 1971 betreffend die Auslegung des Übereinkommens vom 29. Februar 1968 über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen durch den Gerichtshof, **BGBI. II 1972** 857; → Gesetz zur Ausführung des Vertrages vom 20. Juli 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutsch-

land und dem Staat Israel über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, **BGBI. I 1980** 1301 (2); → Gesetz zur Ausführung des Vertrages vom 17. Juni 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schuldtitel in Zivil- und Handelssachen, **BGBI. I 1981** 514 (2); → Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Gesetzes zur Ausführung des Vertrages vom 17. Juni 1977 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schuldtitel in Zivil- und Handelssachen, **BGBI. I 1981** 947; → Gesetz zur Ausführung des Haager Übereinkommens vom 2. Oktober 1973 über die Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsentscheidungen (Unterhaltsvollstreckungs-Übereinkommens-Ausführungsgesetz), **BGBI. I 1986** 1156, 1268 (1); → Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge in Zivil- und Handelssachen (Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz – AVAG), **BGBI. I 1988** 662 (3); → Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, **BGBI. I 2001** 288, 436; → Gesetz zur Durchführung des Übereinkommens vom 30. Oktober 2007 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen und zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, **BGBI. I 2008** 2399; → Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen und des Rahmenbeschlusses 2008/675/JI des Rates vom 24. Juli 2008 zur Berücksichtigung der in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ergangenen Verurteilungen in einem neuen Strafverfahren (Umsetzungsgesetz Rahmenbeschlüsse Einziehung und Vorverurteilungen), **BGBI. I 2009** 3214; → Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI des Rates vom 24. Februar 2005 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen, **BGBI. I 2010** 1408.

Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz → Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen (Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz – AVAG) vom 19. Februar 2001, **BGBI. I 2001** 288, 436 (11).

Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz 1988 → Gesetz zur Ausführung

zwischenstaatlicher Anerkennungs- und Vollstreckungsverträge in Zivil- und Handelssachen (Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz – AVAG) vom 30. Mai 1988, **BGBI. I 1988** 662 (3).

ANFechtung von Rechtshandlungen → Gesetz betreffend die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens vom 21. Juli 1879, **RGBI. 1879** 277.

Anfechtungsgesetz → Gesetz über die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Insolvenzverfahrens (Anfechtungsgesetz – AnfG) vom 5. Oktober 1994, **BGBI. I 1994** 2911 (2).

ANGestellte, Kündigung von → Gesetz über die Fristen für die Kündigung von Angestellten vom 9. Juli 1926, **RGBI. I 1926** 399, 412.

Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz → Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz – AnVNG) vom 23. Februar 1957, **BGBI. I 1957** 88 (54).

Angestelltenversicherungsgesetz → Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911, **RGBI. 1911** 989 (149).

ANHörungsrüggengesetz → Gesetz über die Rechtsbehelfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (Anhörungsrüggengesetz) vom 9. Dezember 2004, **BGBI. I 2004** 3220.

ANLagen, gewerbliche → Gesetz betreffend die einer besonderen Genehmigung bedürftenden gewerblichen Anlagen vom 2. März 1874, **RGBI. 1874** 19.

Anleger, institutionelle → Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für institutionelle Anleger vom 16. Dezember 1986, **BGBI. I 1986** 2485, **1987** 2289.

Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz → Gesetz zur Stärkung des Anlegerschutzes und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarkts (Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz) vom 5. April 2011, **BGBI. I 2011** 538 (1).

Anlegerschutzverbesserungsgesetz → Gesetz zur Verbesserung des Anlegerschutzes (Anlegerschutzverbesserungsgesetz – AnSVG) vom 28. Oktober 2004, **BGBI. I 2004** 2630 (1).

Anleihe-Gesetz von 1950 vom 29. März 1951, **BGBI. I 1951** 218; **1953** 735 (2); **1956** 418; **1964** 921; **1968** 661 (1); **1969** 645 (5); **1973** 669; **1974** 469; **1975** 1916; **1976** 507 (32); **1975** 1173 (21); **1976** 1153 (11); **1977** 1229 (3); **2001** 3519.

Anleihen, öffentliche → Gesetz über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. Juli 1925, **RGBI. I 1925** 137, 348.

Anleihestockgesetz → Gesetz über die Gewinnverteilung bei Kapitalgesellschaften (Anlei-

hestockgesetz) vom 4. Dezember 1934, **RGBI. I 1934** 1222 (1).

Anliegerbeiträge → Gesetz über die Zahlung und Sicherung von Anliegerbeiträgen vom 30. September 1936, **RGBI. I 1936** 854.

ANPassungsausschlussgesetz → Gesetz zum Ausschluss von Dienst-, Amts- und Versorgungsberechtigten von den Einkommensanpassungen 2003/2004 (Anpassungsausschlussgesetz) vom 15. Dezember 2004, **BGBI. I 2004** 3390.

Anpassungsverordnung → Verordnung des Reichspräsidenten zur Anpassung einiger Gesetze und Verordnungen an die veränderte Lage von Wirtschaft und Finanzen (Anpassungsverordnung) vom 23. Dezember 1931, **RGBI. I 1931** 779.

Anpassungsverordnung 1925 → Verordnung zur Anpassung des Steuerstrafrechts an die Vorschriften des Allgemeinen Strafrechts (Anpassungsverordnung) vom 20. November 1925, **RGBI. I 1925** 389.

Anpflanzungseigentumsgesetz → Gesetz zur Regelung des Eigentums an von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vorgenommene Anpflanzungen (Anpflanzungseigentumsgesetz – AnpflEigentG) vom 21. September 1994, **BGBI. I 1994** 2538 (1).

ANSprüche gegen das Reich, Abgeltung von → Gesetz betreffend Änderung des § 5 Abs. 7 der Verordnung über die Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich vom 4. Dezember 1919 (Reichsgesetzbl. S. 2146) vom 16. Dezember 1921, **RGBI. 1921** 1578; → Gesetz betreffend Änderung des § 5 Abs. 7 der Verordnung über die Abgeltung von Ansprüchen gegen das Reich vom 4. Dezember 1919 (Reichsgesetzbl. S. 2146), **RGBI. I 1922** 897.

Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz → Gesetz zur Überführung der Ansprüche und Anwartschaften aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen des Beitrittsgebiets (Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz – AAÜG) vom 25. Juli 1991, **BGBI. I 1991** 1606 (21).

Anstalt, sozialtherapeutische → Gesetz über das Inkrafttreten der Vorschriften über die Unterbringung in einer sozialtherapeutischen Anstalt vom 22. Dezember 1977, **BGBI. I 1977** 3104.

ANTarktis → Gesetz zu dem Übereinkommen vom 20. Mai 1980 über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis vom 14. April 1982, **BGBI. II 1982** 420.

Anteillzollgesetz → Gesetz zur Ausführung des Artikels 10 Absatz 2 des in Rom am 25. März 1957 unterzeichneten Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Anteillzollgesetz) vom 20. Dezember 1963, **BGBI. I 1963** 995 (1).

Anti-D-Hilfegesetz → Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz – AntiDHG) vom 2. August 2000, **BGBI. I 2000** 1270 (5).

Anti-D-Immunprophylaxe → Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz – AntiDHG) vom 2. August 2000, **BGBI. I 2000** 1270 (5).

Antipersonenminen → Ausführungsgesetz zum Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung vom 3. Dezember 1997, **BGBI. I 1998** 1778.

Antiterrordateigesetz → Gesetz zur Errichtung einer standardisierten zentralen Antiterrordatei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern (Antiterrordateigesetz – ATDG) vom 22. Dezember 2006, **BGBI. I 2006** 3409 (1).

ANWaltskammern → Gesetz über die Vorstände der Anwaltskammern vom 6. Januar 1934, **RGBl. I 1934** 21; → Zweites Gesetz über die Vorstände der Anwaltskammern, **RGBl. I 1935** 469; → Drittes Gesetz über die Vorstände der Anwaltskammern, **RGBl. I 1935** 1183.

Anwärter des Reichsarbeitsdienstes → Verordnung zur Sicherung der Überführung der Militäranwärter, Anwärter des Reichsarbeitsdienstes und Versorgungsanwärter alten Rechts in das Beamtenverhältnis vom 30. Dezember 1939, **RGBl. I 1940** 39.

APOtheken → Gesetz über die Verpachtung und Verwaltung öffentlicher Apotheken vom 13. Dezember 1935, **RGBl. I 1935** 1445; → Gesetz über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken, **BGBI. I 1953** 9 (2).

Apothekengesetz → Gesetz über das Apothekenwesen vom 20. August 1960, **BGBI. I 1960** 697 (28).

Apothekenstoppgesetz → Zweites Gesetz über die vorläufige Regelung der Errichtung neuer Apotheken (Apothekenstoppgesetz) vom 23. Dezember 1955, **BGBI. I 1955** 840.

Apothekenwesen → Gesetz über das Apothekenwesen vom 20. August 1960, **BGBI. I 1960** 697 (28).

Apothekeranwärter → Gesetz über die Rechtsstellung vorgeprüfter Apothekeranwärter vom 4. Dezember 1973, **BGBI. I 1973** 1813.

ARbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben → Gesetz zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben vom 23. März 1934, **RGBl. I 1934** 220, 300, 352.

Arbeit, nationale → Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934, **RGBl. I**

1934 45.

Arbeiter- und Angestelltenausschüsse → Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitstreitigkeiten vom 23. Dezember 1918, **RGBl. 1918** 1456.

Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz → Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Rentenversicherung der Arbeiter (Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz – ArVNG) vom 23. Februar 1957, **BGBI. I 1957** 45 (45).

Arbeiterschutz → Verordnung über Arbeiterschutz vom 12. November 1918, **RGBl. 1918** 1309.

Arbeitnehmer, Unterkünfte für → Gesetz über die Mindestanforderungen an Unterkünfte für Arbeitnehmer vom 23. Juli 1973, **BGBI. I 1973** 905.

Arbeitnehmer-Entsendegesetz → Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz – AEntG) vom 20. April 2009, **BGBI. I 2009** 799 (2).

Arbeitnehmer-Entsendegesetz 1996 → Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz – AEntG) vom 26. Februar 1996, **BGBI. I 1996** 227 (17).

Arbeitnehmererfindungen → Gesetz über Arbeitnehmererfindungen vom 25. Juli 1957, **BGBI. I 1957** 756.

Arbeitnehmerüberlassungsgesetz → Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – AÜG) vom 7. August 1972, **BGBI. I 1972** 1393 (40).

Arbeitsbedingungen → Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz – AEntG) vom 26. Februar 1996, **BGBI. I 1996** 227 (17).

Arbeitsbeschaffung → Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und der ländlichen Siedlung vom 15. Dezember 1932, **RGBl. I 1932** 543; → Verordnung des Reichspräsidenten über finanzielle Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, **RGBl. I 1933** 31; → Gesetz zur Änderung der Verordnung des Reichspräsidenten über finanzielle Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, **RGBl. I 1933** 464; → Gesetz über die Regelung der Zuständigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, **RGBl. I 1933** 464; → Gesetz über die Finanzierung eines Sofortprogramms zur Arbeitsbeschaffung im Rechnungsjahr 1951, **BGBI. I 1951** 1006.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen → Gesetz über die verstärkte Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus Mitteln der Bundesanstalt